Nummer 27

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 73. Jahrgang. Dienstag, 17. Januar 1928

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, Deutsche Wirtschaftszentren, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, Reise- und Bäder-Beilage sowie „Kunst Welt Wissen" mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Unverlangt eingeschickte Manuskripte werden nicht berücksichtigt

Verantwortl. Leiter Handelsteil: Walther Funk, Politischer Teil: Dr. Richard Jügler, Kunst und Wissenschaft: Franz Köppen, Lokales und Sport: Gerhart Kentner, Inseratenteil: Christian Hagen, sämtlich in Berlin. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung Druckerei und Verlag Akt. ges. Berlin W 8, Kronenstr. 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 2469 u. 2489, für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 2449, für die Expedition Zentrum 2487 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12 gespaltene Zeile 1,10 Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5.— Rmk. Bezugspreis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslandsbezug: Durch Streifband oder Postüberweisung. Postüberweisungen sind zulässig nach Belgien, Dänemark, Estland, Frankreich, Italien, Lettland, Niederlande, Oesterreich und Ungarn. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1928 für Amerika 7,50 Dollar, Frankreich 250 franz. Francs, Belgien 42 Belga, Schweiz 40 schweizerische Franken, Holland 16 holländ. Gulden, Dänemark 22 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 40 norwegische Kronen, Finnland 240 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark, 50 Milreis, Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Italien 140 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 50 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 250 tschechische Kronen, Brasilien 7,50 Milreis. Argentinien 20 Pesos, Serbien 500 Dinare, Oesterreich 36 Schillinge, Litauen 30 Litas, Lettland 30 Lat, Finnland 250 finnische Mark, Estland 2300 estländische Mark, Polen 30 Goldmark, Ungarn 25,50 Goldmark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Außenpolitische Uebersicht.

Von
Prof. Gerland.

Die an den letzten Bericht des Reparationskommissars anknüpfenden Erörterungen betr. den Dawesplan sind auch im neuen Jahr in der internationalen Presse mit Lebhaftigkeit fortgeführt. Eine Reihe von Gerüchten, die sich in erster Linie auf die Stellungnahme Amerikas bezogen, sind aufgetaucht, um sofort wieder dementiert zu werden. Mag es sich hier um Ballons d'essai, um Andeutungen wirklicher Vorkommnisse oder um reine Kombinationen gehandelt haben, jedenfalls steht das eine fest, daß Parker Gilbert in Amerika eingehende Rücksprachen über den Dawesplan mit maßgebenden amerikanischen Stellen gepflogen hat. Welche Resultate diese Besprechungen gezeitigt haben, ist nicht bekannt geworden. Die Frage aber der Revision des Planes, namentlich die Festsetzung der deutschen Höchstschuld ist so aktuell geworden, daß man in immerhin absehbarer Zeit mit der Einleitung von Verhandlungen, falls diese nicht etwa schon hinter den Kulissen geführt werden sollten, rechnen muß. Dabei ist von Interesse, daß man anscheinend auch in Frankreich an der deutschen Schuldsumme von 132 Milliarden Goldmark nunmehr theoretisch festzuhalten scheint. Es verdient Beachtung, wenn in ernsthaften französischen Blättern darauf hingewiesen wird, daß Frankreich nur verlange, daß durch die deutschen Zahlungen seine Zahlungsverpflichtungen an das Ausland und der Zinsendienst für eine Aufbauanleihe gedeckt würden. Die Summen, die teils in deutschen, teils in ausländischen Blättern als in Frage kommende Höchstsummen genannt werden, schwanken zwischen 25 und 33 Milliarden Goldmark. Allerdings wird von Amerika aus offiziell der Zusammenhang des Dawesproblems mit den Schulden der Siegerstaaten auf das bestimmteste abgelehnt. Aber andererseits berichten die „Times", die doch gut unterrichtet zu sein pflegen, daß jeder amerikanische Politiker im Privatgespräch eben diesen Zusammenhang ohne weiteres anerkennt, aber verlangt, daß die Siegerstaaten mit der Reduktion ihrer Forderungen an Deutschland zu beginnen hätten, eine Auffassung, der die „Times" in beachtenswerter Weise eine innere Berechtigung zuerkennen. So dürften im Laufe des Jahres Entscheidungen heranreifen, die für die Zukunft Deutschlands von weittragender Bedeutung sind. Daß bei ihnen der Frage des Transfers die größte Beachtung gezollt werden muß, ing auch heute wieder besonders betont werden.

Auch sonst steht Amerika im Mittelpunkt des außenpolitischen Interesses. Den Bestrebungen Frankreichs, seinem mit den Vereinigten Staaten zu erneuernden Schiedsgerichtsvertrag eine besondere Note zu verleihen, ist man in Washington nicht entgegengekommen. Man hat im Laufe der Verhandlungen einen Vertrag vorgeschlagen, der auch mit anderen Staaten abgeschlossen werden sollte, und der den Krieg als solchen ächten wollte. Darauf fit nun Frankreich angeblich mit Rücksicht auf seine Völkerbundspflichten nicht eingegangen und hat seinerseits vorgeschlagen, den Schiedsgerichtsvertrag von einem derartigen Kriegsächtungsvertrag zu trennen und über beide Verträge getrennt zu verhandeln. Gleichzeitig hat man von Paris aus das Verlangen erneuert, den Kriegsächtungsvertrag zunächst allein zwischen Amerika und Frankreich abzuschließen unter Offenhaltung der Möglichkeit, daß sich andere Staaten ihm anschließen könnten. Den Kriegsächtungsvertrag selbst wollte Frankreich auf den Angriffskrieg beschränkt wissen. In beiden Punkten hat Amerika eine ablehnende Antwort erteilt, und es scheint, als ob jetzt nur noch über den Schiedsgerichtsvertrag verhandelt würde, so daß die Aktion Frankreichs, in ein besonderes Verhältnis zu Amerika zu kommen, als gescheitert anzusehen ist.

Amerikas Vorschlag, den Krieg schlechthin zu ächten, hat allgemeines Aufsehen erregt. Allerdings hatten auch die Vereinigten Staaten eine Reihe von Ausnahmen zugelassen. Es sollten von dem Vertrag u. a. nicht berührt werden alle internen Fragen der Vertragsstaaten, ferner aber, was besonders hervorgehoben zu werden verdient, alle Streitigkeiten in bezug auf die Monroedoktrin. Gerade hierin zeigt sich die merkwürdige Einstellung der amerikanischen Außenpolitik: daß sich zwar Amerika durchaus für berechtigt hält, in europäischen Fragen Stellung zu nehmen und zu intervenieren, namentlich also die Interessen seiner Staatsbürger zu verfolgen, daß es aber dieses Recht den europäischen Staaten in bezug auf Amerika schlechthin verweigert, eine Auffassung, die beweist, wie überlegen Amerika den europäischen Staaten gegenüber ist. Wenn nun aber die Vereinigten Staaten in dieser prononcierten Weise, den Krieg in Acht zu erklären, vorschlagen, so war dies umso auffallender, als der Vorschlag gerade in einer Zeit gemacht wurde, in der die Amerikaner denn doch aus rein imperialistischen Gründen in Nicaragua selbst Krieg führten. Daß auch fast gleichzeitig mit dem Vorschlag Washingtons das neue Flottenbauprogramm der amerikanischen Regierung im Senat vorgelegt wurde, läßt den amerikanischen Vorschlag in einem ganz besonderen Lichte erscheinen, und man kann sich nicht darüber wundern, daß namentlich in der englischen Presse die Ernsthaftigkeit der amerikanischen Absicht in Zweifel gezogen ist. Das Vorgehen Amerikas in Nicaragua besitzt übrigens außenpolitische Bedeutung, die weit über Mittelamerika hinausgreift. Denn die Art und Weise, wie der Imperialismus der Vereinigten Staaten immer weiter in Amerika seine Expansionspolitik betreibt, bringt die südamerikanischen Staaten, bringt das ganze spanisch-portugiesische Amerika in einen scharfen Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, und man kann dem Panamerikanischen Kongreß, der jetzt zusammengetreten ist, nur mit größtem Interesse entgegensehen, da es kaum möglich sein wird, die eigentlich vitalen Probleme Amerikas, die mit dem Imperialismus der Vereinigten Staaten im engsten Zusammenhang stehen, und die damit das Problem von Nicaragua berühren, aus der Diskussion fernzuhalten.

Das amerikanische Rüstungsproblem hat selbstverständlich in England größtes Aufsehen hervorgerufen. Es sichert, wie der „Daily Telegraph" mit Recht ausführt, wenn nicht England Gegenmaßnahmen ergreift, Amerika die unbedingte Suprematie auf dem Meere. Nun wendet man von Amerika aus ein, England könne die Durchführung des Programms verhindern, wenn es von seiner Haltung, die es bei der Seeabrüstungskonferenz in Genf eingenommen habe, abgehe. Allein in England wendet man, und zwar wohl mit Recht, dagegen ein, daß die amerikanischen Vorschläge in Genf gerade darauf hinausgelaufen seien, Amerika nicht die Gleichberechtigung, sondern die Vormachtstellung auf dem Meer zu verschaffen. Die maritime Rivalität der beiden großen Seemächte England und Amerika läßt sich also nicht mehr leugnen. Die Weiterentwicklung hängt davon ab, welche Maßnahmen England ergreifen und welche Stellung Japan zu dem ganzen Problem einnehmen wird. Auch hier zeigen sich Auswirkungen des Weltkrieges, die für England alles andere als erfreulich sind.

Leicht ist die Stellung Englands auch in anderen Teilen der Welt nicht, so namentlich nicht in seiner arabischen Interessensphäre. Hier finden sich Umbildungen und Fortentwicklungen an. Der Vertrag mit dem Irak ist nicht so leicht aufgenommen, als man erwartet hatte. Ein Kabinettswechsel ist in Irak eingetreten, und die Verhandlungen über die eigentlich entscheidende Militärfrage werden fortgeführt. Außerdem aber haben die italienisch-französischen Verhandlungen die Wendung genommen, daß Italien seine Ansprüche auf Syrien deutlich geltend gemacht hat. Und wenn auch England, indem es Frankreich Syrien aufgeben sieht, seine eigene Stellung in Aegypten vielleicht dadurch gefestigt ansieht, da in Aegypten die französische Kultur stark vorherrscht, so ist andererseits der Gedanke, im Anschluß an den Irak ein großes Arabereich zu bilden, das als Dominium dem englischen Weltreich anzugehören hätte, sicher bei einer italienischen Rivalität nicht leicht zu verwirklichen, da Italien, falls es in Syrien festen Fuß fassen sollte, diese seine Stellung als einen Ausgangspunkt weiterer Expansionen, nicht aber als ein Endziel betrachten würde.

Von den französisch-italienischen Verhandlungen ist es einstweilen etwas still geworden. Daß sie deshalb weniger intensiv geführt werden, ist nicht anzunehmen, und man sieht auch über die eigentlichen Ziele, die verfolgt werden, heute klarer. Mussolini hat offenbar Frankreich einen Zweibund vorgeschlagen mit Teilung des Mittelmeeres in zwei Interessensphären: die östliche für Italien, die westliche für Frankreich. Der Ball, der von Paris Rom mit dem Hinweis zugeschlagen ist, Frankreich werde Italien die Brennergrenze schützen, ist von Rom sofort aufgenommen, indem einer der bedeutendsten Faschistenführer, und nun auch der „Secolo" in einem offenbar inspirierten Artikel offen ausgesprochen haben, Italien werde für Frankreich die Rheingrenze schützen, die es ja eigentlich schon durch den Vertrag von Locarno zu garantieren sich bereit erklärt hat. Selten ist die Ohnmacht des deutschen Volkes schonungslos ausgesprochen worden als in diesen öffentlichen Vorbesprechungen Frankreichs und Italiens, in denen das völlig machtlose Deutschland als einfaches Objekt der Verhandlungen behandelt wird. Es ist bedauerlich, daß man in Deutschland nicht klarer einsieht, wie entwürdigend ein derartiger Zustand für uns ist, aber die Ideologie unserer Pazifisten sieht ja über alles uns Schädliche hinweg und kennt nur das eine Wort: Verständigung und Nachgeben.

Ob allerdings die Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien gelingen, das steht noch dahin. Man könnte auch vermuten, daß unter Umständen Jugoslawien in diesen Zweibund aufgenommen werden soll. Italien hat ja Erfahrungen in einer Politik von Bündnissen, mit Staaten, die man vernichten will. Und in der Tat gibt es wohl kaum einen Ausweg für Jugoslawien und Italien, nicht in einen offenen Krieg hineingetreten, außer wenn sie sich verbünden, um dann im geeigneten Moment den Bündnisvertrag zu brechen. Möglich, daß auch England an diesen Bündnisverhandlungen beteiligt ist, wobei allerdings eine neue Konstellation in Europe geschaffen würde, die auch die deutsche Außenpolitik zu neuen Entscheidungen zwingen müßte. Daß man in Rom zunächst eine abwartende Politik betreibt, zeigt die Tatsache, daß der Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien auf sechs Monate verlängert ist. Bis dahin denkt man, die Verhältnisse zu klären. Danoben aber fährt man fort, die eigene Machtposition zu stärken, ohne Rücksicht darauf, daß man nach außen hin seine Friedensliebe dokumentiert. So sollen von Rom aus Verhandlungen mit Griechenland über ein militärisches Bündnis geführt werden, so verstärkt Italien seine strategische Position im Mittelmeer fortgesetzt, und auch der Grenzzwischenfall an der ungarischen Grenze, bei dem Waffen von unbekannten Absendern an unbekannte Adressaten entdeckt wurden, darf hier nicht unerwähnt bleiben. Dieser Zwischenfall hat selbstverständlich politische Nachwirkungen gehabt. Die kleine Entente will an den Völkerbund herantreten, stößt laute Drohungen gegen Ungarn aus, vergißt aber, daß Ungarn heute doch nicht mehr der vollkommen verlassene Staat ist, der er bisher war, und daß seine Verbindung mit Italien ihm eine über seine Wehrlosigkeit hinausgehende Bedeutung verleiht. Wie sich allerdings hier die Verhältnisse gestalten werden, wenn das Bündnis mit Frankreich zustande kommt, ist schwer zu sagen. Man sollte aber nicht übersehen, daß augenblicklich in Ungarn Bestrebungen im Gange sind, die Thronfrage zu einer Entscheidung zu bringen und bei dieser Gelegenheit Oesterreich in eine neue Beziehung zu Ungarn zu setzen.

Was unsere Beziehungen zu Frankreich betrifft, so kann auf diese die brutale Unterdrückungspolitik Frankreichs gegen das deutsche Volkstum in Elsaß-Lothringen nicht ohne Bedeutung bleiben. Man hat im Elsaß selbstverständlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen eine Verfolgung der Autonomisten eingeleitet, die eines freien Landes, ja überhaupt eines Kulturstaates unwürdig ist. Man hat Verhaftungen über Verhaftungen vorgenommen, lediglich weil die ehemaligen Reichsländer an ihrem Deutschtum festhielten, ihrer Sprache und ihrer Freiheit. Daß diese Politik eine Schande für Frankreich ist, muß offen ausgesprochen werden. Sie stellt aber, selbst wenn in der deutschen Presse die ganzen Ereignisse mit einer kaum begreiflichen Zurückhaltung behandelt werden, eine Belastung der französisch-deutschen Beziehungen ernsthaftester Natur dar. Wir können es einfach nicht dulden, daß man ein deutsches Volk, auch wenn es nicht unserem Reich angehört, so mißhandelt, wie das elsässische Volk mißhandelt wird. Nun wird auf die Loyalitätskundgebungen der elsaß-lothringischen Gemeinderäte hingewiesen, die nach den Autonomistenverfolgungen nach Paris abgegangen sind. Wer die Gewaltpolitik Frankreichs in Elsaß-Lothringen kennt, weiß, wie derartige Loyalitätskundgebungen zustandegekommen sind. Und schließlich mag doch auch darauf hingewiesen werden, daß derartige Loyalitätskundgebungen bis in die letzte Zeit der deutschen Regierung ebenso nach Berlin gegangen sind, wie sie heute nach Paris gehen, eine Tatsache, die deutlicher als alles andere beweist, daß diesem Land nur mit einem gedient werden kann, was im Interesse der Befriedung Europas verlangt werden muß: mit Autonomie. Daß übrigens durch die französischen Verfolgungen die autonomistische Bewegung nicht unterdrückt werden kann, weiß man in Paris so gut wie bei uns, und selbst die „Times" sprechen offen aus, daß so die „elsässische Krankheit" nicht geheilt werden kann. Daß aber Frankreich Vernunft annehmen sollte und doch sich aus einem Zustand beseitigen dürfte, der jedem Selbstbestimmungs-

Coolidges Interpretation der Politik Nordamerikas.

Eröffnung des panamerikanischen Kongresses.

TU New-York, 16. Januar.

Der panamerikanische Kongreß wurde heute in Havanna in Anwesenheit der Vertreter sämtlicher süd-, mittel- und nordamerikanischen Staaten feierlichst eröffnet. Der Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Calvin Coolidge, verlas die Eröffnungsbotschaft. Einleitend wies er darauf hin, daß sich Amerika zum Prinzip der Selbstregierung und zu einer Politik des Friedens bekenne. Die Bevölkerungen der amerikanischen Staaten seien besser imstande, sich selbst zu regieren, als andere regieren zu lassen. Niemals würden die Völker Amerikas militärischem Machthunger zum Opfer fallen, niemals habe man große militärische Einrichtungen zur Unterdrückung anderer Nationen unterhalten. (?) „Wir sind", so erklärte Coolidge, „für angemessenes Gerüstsein im Interesse der nationalen Verteidigung; denn

wir glauben, daß diejenigen Nationen sich ins Verderben stürzen, die die militärischen Dinge vernachlässigen

oder ihnen gleichgültig gegenüberstehen." Aber es sei ein großer Unterschied, ob man rüste, um wohlerworbene Rechte zu verteidigen oder ob man sich nur auf rohe Kraft stütze, anstatt an die Vernunft zu appellieren. Dynastische Kriege, wie sie die alte Welt erlebt habe, seien in Amerika unmöglich. Die Kriege Amerikas während der letzten 150 Jahre seien fast ausschließlich zur Sicherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit der Menschheit (?) geführt worden. Jede Demokratie sei friedliebend, weshalb es auch gelungen sei, den Frieden unter den amerikanischen Republiken solange Zeit zu bewahren. Praktische Wege zur Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten könnten gefunden werden, wenn man diese Einstellung auch in Zukunft beibehalte.

Die panamerikanische Konferenz, so fuhr Calvin Coolidge fort, ist zusammengetreten, um darüber zu beraten, wie das Wohlergehen der freien amerikanischen Republiken erhöht und der internationale Friede gefestigt werden kann. Kein anderer Erdteil ist für diese Aufgabe so sehr geeignet wie Amerika. Alle hier vertretenen Nationen sind gleichberechtigt. Der kleinste und schwächste Staat spricht hier mit derselben Autorität wie der größte und mächtigste Staat. Die Vorsehung Gottes, so schloß Coolidge, macht aus den amerikanischen Staaten eine freundschaftlich-nachbarische Gemeinde von Republiken.

Die begeisterten Kubaner.

Havanna, 16. Januar.

Die Autofahrt des Präsidenten Coolidge mit Präsident Machado vom Palais zum Nationaltheater zur Eröffnung des Kongresses glich einer Triumphfahrt. Die Straßen waren dicht gefüllt mit Menschen, die zur Begrüßung die Hüte in die Luft warfen und ausriefen: „Viva el Presidente!" Als Coolidge von Machado dem Kongreß vorgestellt wurde, wurden ihm mehrere Minuten lang Kundgebungen bereitet, ehe er seine Ansprache beginnen konnte. Diese, in englischer Sprache gehalten, wurde wiederholt von dem Beifall der Abgeordneten, die aufstanden, unterbrochen. An der Feierlichkeit nahmen über 5000 Personen, darunter das diplomatische Korps und die Mitglieder der kubanischen Gesellschaft, teil. Frau Coolidge wurde am Theatereingang im Gedränge von ihrem Gatten getrennt, da die kubanischen Beamten sie nicht sofort erkannten und zurückzuhalten suchten.

Um die Neugliederung des Reiches.

Die Länderkonferenz, die gestern 15½ Uhr nach einer Mittagspause wieder eröffnet wurde, nahm die Korreferate des bayerischen Ministerpräsidenten und des preußischen Ministerpräsidenten entgegen. Nach Beendigung der beiden Referate wurde die Sitzung gegen 19 Uhr geschlossen. Heute um 10 Uhr beginnt die Tagung mit der Eröffnung der Diskussion über die gehaltenen Referate und Korreferate.

Die Referate der Vormittagssitzung bringen wir Seite 2.